

II-11136 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

FERDINAND LACINA  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

GZ. 11 0502/232-Pr.2/93

1010 WIEN, DEN 8. September 1993  
HIMMELPFORTGASSE 8  
TELEFON (0222) 51 433

5151/AB

1993-09-09

zu 5151/J

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Rudolf Parnigoni und Genossen vom 9. Juli 1993, Nr. 5151/J, betreffend Donau-Personenschiffahrt, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Im Sinne des Arbeitsübereinkommens über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung ist das Bundesministerium für Finanzen nach Aufteilung der DDSG auf den Cargo-Bereich und den Personenschiffahrtsbereich weiterhin bemüht, auch die DDSG-Donaureisen als Unternehmen dauerhaft abzusichern und zu diesem Zweck private Partner zu finden. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Langstrecken-Linienschiffahrt, die für den Donau-Fremdenverkehr außerordentlich bedeutsam ist, in der derzeitigen Struktur nicht verlustfrei geführt und daher nicht aufrecht erhalten werden könnte. Aus diesem Grunde habe ich im Zuge von Finanzausgleichsverhandlungen im Juni dieses Jahres die Donaubundesländer gebeten, eine finanzielle Beteiligung zur Ermöglichung von notwendigen Investitionen in den Schiffspark zu prüfen. Die hierüber aufgenommenen Gespräche sind noch nicht abgeschlossen.

Zu 2.:

Die Gespräche wurden mit den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Oberösterreich geführt.

Zu 3.:

Das Land Niederösterreich hat einen konkreten Vorschlag unterbreitet, der in den weiteren Verhandlungen zu erörtern sein wird.

Zu 4.:

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen wurde vorgeschlagen, daß im Rahmen eines Finanzierungsvolumens von 160 Mio. S für die Anschaffung von drei neuen Schiffen und die Tragung von noch auftretenden Übergangsverlusten bis zum Jahr 1998 das Unternehmen restrukturiert und verlustfrei gemacht werden soll. Dieser Vorschlag beinhaltet eine Beteiligung des Bundes von einem Viertel dieses Betrages, wenn sich die betroffenen Bundesländer entsprechend mit je einem weiteren Viertel beteiligen. Darüber hinaus ist der Bund grundsätzlich bereit, die sogenannten Altlasten, also die Entschuldung des Unternehmens und die Tragung von Sozialplankosten zu übernehmen. Auch dieser Vorschlag des Bundes ist Gegenstand der laufenden Verhandlungen.

Beilage

1-10570 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

## BEILAGE

Nr. 5151/13

1993 -07- 09

## ANFRAGE

der Abgeordneten Parnigoni, Gusenbauer  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Donau-Personenschifffahrt

Die Tourismus- und Freizeitwirtschaft hat sich auch in Zeiten von Rezessionstendenzen als eine Stütze der heimischen Wirtschaft bewährt. Um diese Position Österreichs abzusichern bzw auszubauen ist es erforderlich, ständig neue Impulse zu setzen. Der Donaauraum und seine bisher weitgehend brachliegenden Ressourcen für den Tourismus sind dabei eine der vielversprechendsten Zukunftschancen.

Der Tourismus Cercle Österreich (TCÖ) hat in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitskammer am 15. Juni 1992 eine Tagung zum Thema "Donautourismus" veranstaltet, in deren Verlauf deutlich wurde, daß die Sicherstellung der Donau-Personenschifffahrt der DDSG für die touristische und wirtschaftliche Entwicklung des Donaaraumes unerlässlich ist. In der Folge dieser Tagung hat der Niederösterreichische Landtag den Beschluß gefaßt, gemeinsam mit dem Bund umgehend alle Maßnahmen zu ergreifen, um diese Sicherstellung der DDSG-Personenschifffahrt zu erreichen. Dabei wurde auch ein nicht unbeträchtlicher finanzieller Beitrag des Landes Niederösterreich in Aussicht gestellt, der sich Zeitungsmeldungen zufolge auf 30 Millionen Schilling belaufen soll. Im Interesse der betroffenen Regionen, sowie der österreichischen Donau-Schifffahrt sind rasch Maßnahmen erforderlich, insbesondere auch um die Saisonen 1994 und 1995 vorbereiten zu können.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Finanzen daher nachstehende

## Anfrage

1. Wie ist der Stand der Bemühungen Ihres Ressorts zur Erhaltung der österreichischen Donau-Personenschifffahrt (DDSG)?

2. Mit welchen Bundesländern haben Sie diesbezügliche Gespräche geführt?
3. Welche Bundesländer sind bisher von sich aus an Sie mit konkreten Vorstellungen zur Sicherung der Donau-Personenschiffahrt herangetreten?
4. Welcher finanzielle Beitrag ist von Seiten des Bundes bei entsprechender Beteiligung der betroffenen Bundesländer zur Absicherung der Donau-Personenschiffahrt für Ihr Ressort vorstellbar?